

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlich: Tagesblatt Riesa,
Grunz Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 155.
Stroß Nr. 52.

Nr. 211.

Donnerstag, 10. September 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen bezahlen wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraumber und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Gewählter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Unterhaltungsbeiträge werden an der Kasse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Vor dem Labyrinth der Paragraphen.

Es ist nützlich und notwendig, sich heute, vielleicht unmittelbar vor einer Konferenz von außerordentlich großer geschichtlicher Tragweite, noch einmal über die Grundgedanken klar zu werden, die dem sogenannten Sicherheitsangebot Deutschlands Sinn und Ziel gegeben haben. Deutschland hat unter großen moralischen Opfern angeht, die immer unerträglich werdenden Spannung zwischen dem deutschen Volk und seinen westlichen Nachbarn den Vorstoß gemacht, ein System gegenseitiger Grenzgarantien im Westen zu schaffen und die Verletzung dieser Garantien durch Schwere Strafen abkommen natürlich auf der Grundlage völliger Gegenseitigkeit unmöglich zu machen. Das bedeutet für ein Land, dem man soeben große, einwandfreie deutsche Gebiete genommen hat und das Jahre hindurch in rücksichtsloser Weise mit allen Mitteln militärischen Terrors drangaliert und stimmungsmäßig geradezu zu Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit fröhlichertigen Grundcharakter getrieben worden ist, ein außerordentlich großes Entgegenkommen. Deutschland war bereit, dem Gedanken der Festigung der europäischen Verhältnisse Opfer zu bringen, wie sie in dieser Freiwilligkeit in der Geschichte wohl ohne Beispiel dastehen. Man glaubte, durch die erhoffte Befriedigung der Stimmung bilden und drüben vorteilhafte Rückwirkungen auf die eigene schwer gefährdete Wirtschaftsentwicklung verschaffen zu können. Von vornherein war man sich, ermuntert durch zu mindestens offizielle Ermutterungen Englands, darüber klar, daß natürlich die völlig unhaltbaren Grenzverhältnisse im Osten Deutschlands entsprechend den Möglichkeiten des Friedensbündnisses einer Revision unterzogen werden mußten. Es läßt sich nicht leugnen, daß im Fortgang der Verhandlungen die französische Diplomatie es verstanden hat, die größeren Nachmöglichkeiten in der Richtung auszunutzen, daß die ursprünglich auf deutscher Seite liegende Initiative in der praktischen Gestaltung der allgemein gehaltenen Vorschläge von der deutschen auf die französische Regierung übergegangen ist. Das braucht und soll kein Wortwort gegen die deutsche Außenpolitik und ihren Vertreter sein. Mit den zahlreicheren Bataillonen im Rücken läßt sich eben diplomatisch vorteilhafter operieren. Das ist eine Tatsache, deren Allgemeingültigkeit auch nicht durch den Ausnahmefall des Wiener Kongresses widerlegt wird, wo der Vertreter des besiegten Staates, Talleyrand, infolge der Uneinigkeit der alliierten Sieger schnell alle Fäden in die Hand bekam. Nach dem Weltkrieg sind die Sieger vorsichtiger gewesen. Sie haben Deutschland niemals von vornherein als Verhandlungspartner zugelassen, sondern sie haben sich stets, auch jetzt wieder, vorher untereinander geeinigt. So steht Deutschland heute denn vor einem Labyrinth von paragrapharischen festzulegenden Bestimmungen. Wenn auch die sogenannte Juristenkonferenz in London einen Urtadel vorberichtet hat, so läßt sich doch ein gewisses Gefühl der Unsicherheit vor dem Betreten dieses verzweigten Baues nicht überwinden, in dessen geheimsten Gemächern der französische Minotaurus auf sein Opfer wartet.

Zwei Punkte sind es, die in besonderer Nähe unter Mißtrauen erregen und deren Nichtüberwindung das gesamte Wert gefährden muß. Einmal ist die Frage der „Sanktionen“, des Eingreifens mit bewaffneter Hand bei Konflikten durchaus nicht soweit geklärt, daß von einer faktischen Gleichberechtigung der Vertragspartner die Rede sein kann. Weiterhin befremdet es außerordentlich, daß die Disparitäten-Garantien, die gegeben wir nicht das geringste Interesse haben, mit dem Westpakt verknüpft werden sollen. Heute spricht man bereits von zwei untereinander Konferenzen, deren Ergebnis aber doch unrennbar mit einander verbunden werden soll, von der West- und Ostkonferenz. Die zweite Konferenz soll Deutschland mit Polen und der Tschechoslowakei zusammen führen. Man redet sogar bereits von der Einführung einer entmilitarisierten Zone auch im Osten. Da Polen sich sicherlich nicht auf die Verlegung dieser Zone in sein Hoheitsgebiet einlassen dürfte, wie es bei der entsprechenden Verpflichtung Deutschlands im Westen nur gerecht wäre, so dürfte die neue Forderung darauf hinauslaufen, Deutschland neue Hoheitsbeschränkungen zuzumuten. Welches Interesse hat ausgerechnet Deutschland an noch weiteren Beschränkungen. Deutschland ist entwaffnet, wie es niemals ein Land in der Geschichte war, Polen hat ebenso wie Frankreich einen großen militärischen Angriffsapparat aufgebaut. Der Westpakt scheint ebenfalls auf Drängen Russlands hin mit Forderungen belastet werden zu sollen, die für Deutschland staatsrechtlich und moralisch unerfüllbar sind. Ueber die Form der neuen Konferenz wird bekannt, daß es sich anstehend nicht um eine Besprechung nur der Außenminister handeln soll, sondern daß auch andere wichtige Regierungsmitglieder, deutscherseits der Kaiser und der Reichsinnenminister, hinzugezogen werden sollen. Angeht es der Tatsache, daß zwar keine Wegensätze, aber doch gewisse Meinungsäußerungen in der deutschen Regierung bestehen, wäre diese Erweiterung durchaus erwünscht.

Eine Geheimorganisation aufgedeckt.

(Berlin. Die ist eine etwa 1000 Personen umfassende Geheimorganisation nach Art des Ku Klux Klan aufgedeckt worden, die zum Ziele hatte die Erlämpfung der Freiheit des Vaterlandes, Bekämpfung des Judentums und der sogenannten Schällinge. Es wurden Hausdurchsuchungen und Festnahmen vorgenommen. Viel Material wurde beschlagnahmt.

Wie zu der Aufdeckung der Geheimorganisation „Orden des feurigen Kreuzes“ noch mitgeteilt wird, handelt es sich bei den drei amerikanischen Gründern um einen Studenten, namens Gray aus Chicago, der vor drei Wochen in sein Vaterland zurückgekehrt ist, und um zwei Deutschamerikaner, Vater und Sohn, namens Strohschein, die gestern mittag in Schlesien verhaftet worden sind. Nach Mitteilungen des Sozialenizers sollen die drei Genannten politische Hochverläufer sein, die sich die Leichtgläubigkeit Urteilsofer zu Nutze gemacht haben, um ihre Taten zu fällen. Die Aufnahme in den Bund sei sehr leicht gewesen, wenn der um den Eintritt ersuchende nur die erforderlichen Gelder habe aufbringen können. Dem Berliner Tageblatt zufolge habe das Verschwenden eines jungen Mannes in Berlin zu der Entdeckung des Bundes geführt. Bei einer in der Wohnung seiner Eltern vorgenommenen Hausdurchsuchung seien von der Polizei Papiere gefunden worden, die auf das Bestehen einer Ku Klux Klan-Organisation in Berlin hingewiesen haben. Außer in Berlin sollen auch in Hamburg, Jena, Dortmund und Kassel ähnliche Bünde bestehen. Der Leiter der politischen Aktion gegen den Geheimbund hat die amerikanische Botschaft in Berlin von der Verhaftung der beiden Amerikaner in Kenntnis gesetzt.

(Berlin. Wie zur Aufdeckung des „Ordens des feurigen Kreuzes“ sich nennenden deutschen Ku Klux Klan noch bekannt wird, siehe sich diese Geheimorganisation in erster Linie aus Mitgliedern völkischer Organisationen, u. a. der Deutschsozialen Partei zusammen. Nachgebliebene Führer, besonders die drei geflohenen amerikanischen Mitbegründer konnten noch nicht dingfest gemacht werden. Die Gründung der Organisation reicht in das Jahr 1923 zurück. Als damals eine Reihe völkischer Organisationen aufgelöst wurde, hatten sich ihre Führer zur Gründung eines Geheimbundes zusammengeschlossen, der „die Befreiung Deutschlands von äußeren Feinden und von den Fremdstämmigen“ erstrebte. Einem gewissen Klapproth lag die Gründung der Ortsgruppen ob. Außer ihm waren in Berlin noch Oberleutnant A. D. Hildebrandt und Dr. Hübner tätig, die eine mehr untergeordnete Rolle spielten. Die Ritter des feurigen Kreuzes traten in Berlin mit drei Amerikanern in Verbindung, die in der amerikanischen Ku Klux Klan-Bewegung eine Rolle spielten und auch sonst eine nicht unerheblichen Einfluß besaßen. Die genannte Organisation war an dem Rührer Putsch nicht unterteilt. Der damalige Leiter des Rührer Unternehmens Major Buchruder gehörte dem feurigen Kreuz an. Es ist als sicher anzunehmen, daß die Norddeutschen, die im Anschluß an den mißglückten Rührer Putsch sich ereigneten, von Mitgliedern des Ordens ausgeführt worden sind. Man nimmt an, daß die Ermordung des Leutnants Sand, der in Döberitz als Leiche aufgefunden wurde, von dieser völkischen Feme verübt wurde. Der oben genannte Kapitän Klapproth wurde gerade verhaftet, als er im Begriff stand, von Babel aus im Auto über die polnische Grenze zu fliehen. Bei ihm wurde wichtiges Material beschlagnahmt.

Der Kampf in Marokko.

Paris. (Funktspruch.) Nach einer Meldung des Matin aus Madrid wird aus Tetuan berichtet, daß die Flieger unaufhörlich die Ven Karisch umgebenden Höhen beschleichen. In der Umgebung von Tetuan meldet man zahlreiche Ansammlungen. Der Bruder Abd el Krims soll sich an dieser Stelle befinden.

Die Landung in der Alhucemas-Bai.

Madrid. (Funktspruch.) Ueber die Landung in der Alhucemas-Bai geben die Madrider Zeitungen folgende interessante Einzelheiten: Drei Tage lang haben die Transportschiffe sowie die spanischen und die französischen Geschwader an der Küste von Alhucemas Landungsmander und Scheinlandungen inszeniert, um den Feind zu täuschen, sodas endlich die Landung in der Bai von Cebedilla vollkommen überraschte. Die Truppen nahmen im Sturm die Anhöhen und zerstörten zwei feindliche Batterien. Die spanischen und französischen Wasserflugzeuggeschwader unterstützten den Angriff. In der Nacht vom Montag zum Dienstag um 11 Uhr wurde der Befehl zur Landung gegeben. Infolge des Gedränges der Schiffe rief ein Kanonendoot mit einem Torpedoboot zusammen und beschädigte es. Das Torpedoboot konnte jedoch noch mit eigener Kraft den Hafen von Melilla erreichen. Von 6 bis 9 Uhr morgens bombardierten die Flugzeuge und Seegeschwader aus neue die feindlichen Stellungen. Kurz vor 11 Uhr mittags begann die eigentliche Landung, die ohne Zwischenfall vor sich ging. Um 12 Uhr rückten starke Eingeborenenabteilungen gegen die zu nehmenden feindlichen Stellungen auf. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß mit dem Feind, aber unter dem Feuer des Seegeschwaders zog dieser sich bald zurück und die spanischen Truppen konnten ihr Ziel erreichen. Einige Gelangene wurden gemacht und zahlreiche Kriegsmaterial erbeutet. Die erste Landungsabteilung bestand aus 10 Panzerwagen, 2 Abteilungen der spanischen Fremdenlegion, 3 Eingeborenenabteilungen, 3 Räperbataillonen, einer Feld-

artillerie- und einer Gebirgsartillerie-Batterie, einem Autoпарк, 4 Montierkompanien und 3 Radiotelegraphenabteilungen. Ein spanisches Flugzeug wurde vom Feind getroffen und mußte auf See niedergehen. Die Mannschaft konnte von einem französischen Torpedoboot aufgenommen werden. Gegen Tagesende gingen die Truppen unbelästigt auf der Halbinsel Moro Nuevo ins Winter.

Derriot billigt die französische Marokkopolitik.

Paris. (Funktspruch.) Im Generalkrat des Rhonedepartements hat Derriot eine Rede über das französische Vorgehen in Marokko gehalten, in der er der Regierungspolitik zustimmte. Der Generalkrat hat dann einstimmig eine Tagesordnung angenommen, in der ausdrücklich verlangt wird, daß kein Schritt unterlassen und keine Anstrengung vernachlässigt werde, um den französischen Feldzug in Marokko sobald wie möglich zu einem guten Ende zu führen. (Weitere Meldungen an anderer Stelle.)

Ministerbesprechung in Genf.

Genf. Chamberlain, Briand, Vandervelde und Scialoja berieten gestern vormittag zum ersten Male gemeinsam mit den alliierten juristischen Sachverständigen über den von diesen vorgelegten endgültigen Bericht über die Londoner Besprechungen. Von englischer Seite wird versichert, daß diese Beratungen einen weiteren Schritt in der Richtung auf eine an Deutschland zu richtende Einladung darstellen, da in verschiedener Hinsicht eine weitere Einigung erzielt worden sei. Auf englischer Seite wird jedoch noch keine zuverlässigen Angaben darüber zu erhalten, ob über Ort und Zeit ein endgültiger Beschluß der alliierten Minister vorliegt.

Nach einer Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur wird die Zusammenkunft wahrscheinlich am 25. 9. in Lausanne stattfinden.

Eine Weltwirtschaftskonferenz.

Genf. Die französische Delegation beabsichtigt, der diesjährigen Völkerverbändeversammlung die baldige Einberufung einer großen wirtschaftlichen Weltkonferenz, ähnlich der im Jahre 1920 in Brüssel abgehaltenen Wirtschaftskonferenz, vorzuschlagen. Diese Anregung geht vorwiegend auf Foubert, den Generalsekretär des Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes zurück, der wiederholt, z. B. auch auf der letztjährigen Völkerverbändeversammlung, eine genaue Prüfung der sozial-wirtschaftlichen Zusammenhänge und die Schaffung einer internationalen Organisation zur Rohstoffverteilung gefordert hatte. Gleichseitig wird bekannt, daß das Wirtschaftskomitee des Völkerverbundes einen Entwurf für eine internationale Vereinbarung zwecks Abschaffung der Einfuhrverbote und Einfuhrzölle ausgearbeitet hat. Der Entwurf liegt bereits dem Völkerverbände zur Genehmigung vor.

Riesenprotestkundgebungen in Marienbad.

Marienbad. Im Hotel „Victoria“ fand am Dienstag eine von vielen tausend Personen, darunter einer großen Anzahl von Kurgästen aus aller Welt, besuchte Einbürgerungsversammlung gegen die Völkerverbändeversammlung statt. Es sprachen Abgeordnete und Senatoren aller Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten. Der deutsche nationale Senator Friedrich wurde von einem Regierungsvertreter unterbrochen und seine Ausführungen in dem dem tschechischen Beamten unverständlichen Gaier Dialekt fort. Einmütig wurde gefordert, daß der Fall Marienbad der Anfang zu einem Zusammengehen aller Deutschen, auch in wirtschaftlicher Beziehung werde, um so den tschechischen chauvinistischen Bestrebungen eine einseitige Mauer entgegenzusetzen. Die Entschließung betont, daß die Existenz vieler Tausender von der Weiterführung Marienbads in der bisher bewährten Weise abhängt, und schloß mit der grundsätzlichen Forderung nach Selbstbestimmungsrecht und Selbstverwaltung.

Ein Nachwort zum Zentrumsparteitag in Offenburg.

Abg. Der Führer des babilischen Zentrums, Prälat Dr. Schefer, stellt in einem Nachwort zum Parteitag in Offenburg fest, daß das für Offenburg gestellte Ziel eintrifft, an erster Stelle dem Reichstagspräsidenten a. D. Dr. Marx aus den Erklärungen der Mitglieder des Zentralkomitees und der vielen Delegierten aus ganz Baden habe der Geist der trefflichen Schule Waders gesprochen. Seine eigene Stellungnahme zum Fall Wirth, die von Zentralkomitee und Delegiertentag gebilligt worden sei, erfolge eine friedliche Lösung. Von den möglichst zahlreich berufenen Mitgliedern der Reichstagsfraktion sei bekräftigende Unterstützung geboten worden. Die Tagung habe auch programmatisch denen Recht gegeben, die aus echt christlichem Empfinden stehenden sozialen Geist in der Gesetzgebungsarbeit wie in der Politik das Wort redeten und nicht vergaßen, daß den Armen und Leidenden die erste Hilfe in der Fürsorge gebühren müsse. Dieser Gedanke spreche aus jedem Worte Dr. Wirth's, und darum auch der jubelnde Beifall, der ihm geworden. Er habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß er sich mit dem Zentrum in Baden einmisse. Dieses Gefühl habe auch den Delegiertentag beerrichtet.